

RT Rathaus-Telegramm



der Freien Demokraten im Reutlinger Gemeinderat

Marke RT mit Leben füllen

Die Ergebnisse des Markenbildungsprozesses sollen nicht in Rathaus-Schubladen verstauben

Die FDP-Fraktion fordert nach einer Strategieklausur des Gemeinderates, konkrete Schritte zur Verwirklichung der „Marke Reutlingen“. Leider habe die Stadtverwaltung seit 2018 wenig dafür unternommen, obwohl die Bürgermitwirkung mit über 10 000 Meldungen aus der Bevölkerung außerordentlich war. Regine Vohrer, Sarah Zickler und Hagen Kluck bleiben bei den dabei festgestellten drei „Vorzügen“: Die attraktive Lage, die entspannte Einkaufsstadt und der gute Wirtschaftsstandort. Nach Auffassung der drei Rathaus-Liberalen muss die Achalm ins UNESCO-Biosphärengebiet Alb einbezogen werden. Mit der Bewerbung um eine Bundesgartenschau auch zusammen mit den Echaz-Anliegern Lichtenstein, Pfullingen, Wannweil und Kirchentellinsfurt würde die attraktive Lage deutlich unterstrichen. Damit Reutlingen entspannte Einkaufsstadt bleibe, seien noch mehr Bemühungen von Stadt, Handel, Gastronomie und Veranstaltern zur Erhaltung und Erhöhung der Innenstadt-Attraktivität erforderlich. Die Liberalen erneuern ihre Forderung nach zwei Stunden kostenlosen Parkens in Parkhäusern und Tiefgaragen. Wichtig sei auch die Reaktivierung der Bürgerpark-Wasserspiele. Blühende Grünstreifen und Blumenschmuck an Straßen und Plätzen würden den entspannenden Charakter der Innenstadt unterstreichen. Die FDP-Fraktion lobt den in Reutlingen vorhandenen guten Mix von Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel und Dienstleistungen. Er soll erhalten, gefördert und ausgebaut werden. Nur mit einer wachsenden Wirtschaft könnten die Aufgaben im Sozial- und Kulturbereich erfüllt werden. Mit dem Industriegebiet RTUnlimited könne es gelingen, weitere Hochtechnologie-Firmen anzuziehen. Die gute Zusammenarbeit mit Kusterdingen und Kirchentellinsfurt ermutige, gemeinsame Gewerbegebiete auch mit Wannweil und Metzingen zu versuchen. Die Regionalstadtbahn habe für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts genau so große Bedeutung wie die Stadtumgehung Dietweg-Trasse.

Reutlingen auf dem Weg zur Marke

REUTLINGEN



Nicht auf ihren „normalen“ Plätzen, sondern oben auf der Verwaltungsbank saßen Regine Vohrer, Hagen Kluck und Sarah Zickler bei der Informationsveranstaltung der FDP-Gemeinderatsfraktion.

Viel Fragen und Antworten

Reutlinger Liberale informierten sich bei der FDP-Gemeinderatsfraktion im Rathaus-Saal

Zu einer Informationsveranstaltung zur Kommunalpolitik lud die FDP-Fraktion jetzt in den großen Saal des Rathauses. Regine Vohrer, Sarah Zickler und Hagen Kluck standen den Mitgliedern des FDP-Stadtverbandes Reutlingen Rede und Antwort. Mit dabei war auch Landtagsabgeordneter Rudi Fischer. Nach grundlegenden Informationen erinnerten die drei Rathaus-Liberalen an beispielhafte FDP-Initiativen wie den Standort fürs Theater in der Tonne, den Abbruch des Steges bei der Stadthalle, den Anstoß zum Markenbildungsprozess und die Bewerbung um eine Gartenschau. „Zuerst werden unsere Vorschläge immer abgelehnt“, sagte Stadträtin Vohrer, „aber nach einiger Zeit schwenken die anderen auf unsere Ideen ein“. Stadträtin Zickler hofft das auch für die Verbesserung der Kinderbetreuung in Reutlingen: Man könne sich mehrere hundert Kinder ohne Betreuungsplatz nicht länger leisten. Fraktionsvorsitzender Hagen Kluck wies auf die 2024 anstehende Neuwahl von Gemeinderat und Kreistag hin. Dafür müsse man schon jetzt die Weichen stellen, damit die Liberalen gestärkt daraus hervorgehen.

STARK VOR ORT!

FDP wählt neue Führung

Wegen Covid verschobene Hauptversammlung ist jetzt am 29. Juni im Sondelfinger Sportheim

Was die Pandemie lange Zeit unmöglich machte, kann jetzt nachgeholt werden: Die Reutlinger Freien Demokraten wählen einen neuen Stadtverbandsvorstand. Vorsitzender Oliver Stein hat dazu auf Mittwoch, 29. Juni 2022, 19 Uhr in die Sondelfinger Sportgaststätte Hohensteig eingeladen. Die Veranstaltung ist öffentlich.

Neuanfang für das Hofgut

FDP-Fraktion stimmt Ausschreibungskriterien für eine Neuverpachtung von Alteburg zu

Das stadtteigene Hofgut Alteburg wird neu verpachtet. Stadtrat Hagen Kluck stimmte im Finanzausschuss jetzt den Ausschreibungskriterien zu. Sie waren unter Mitwirkung von Stadträtin Regine Vohrer in mehreren Workshops entwickelt worden. Ziel der Ausschreibung ist es, dass das Hofgut Alteburg weiterhin als landwirtschaftlicher Betrieb bestehen bleibt und möglichst breit aufgestellt wird. Die neue Pächterin oder der neue Pächter soll die Hofstelle und die rund 100 Hektar umfassenden landwirtschaftlichen Flächen zum 1. Januar 2025 übernehmen. Erwartet wird eine nachhaltige Bewirtschaftung: ökonomisch, ökologisch und sozial, der Einbezug von Tierhaltung, eine Vermarktung ab Hof: Produkte aus Reutlingen für Reutlingen, die Integration der städtischen Bevölkerung, auch in Form der Einbeziehung von Bildungseinrichtungen und Schulen, Kooperationen mit vorhandenen Betrieben oder anderen Akteuren, ein baulich offenes, freundliches Ambiente, also sozusagen das Hofgut Alteburg insgesamt als „Attraktion“.



Die Wirtschaftsgebäude des Hofguts Alteburg sind teilweise marode und müssen vom neuen Pächter erneuert werden.

Infos der Kreistagsfraktion

FDP-Fraktion stimmt Ausschreibungskriterien für eine Neuverpachtung von Alteburg zu

FDP-Kreisvorsitzender Christoph Weiblen hat für den 21. Juli 2022 zu einer Kreisversammlung nach Metzingen eingeladen. Sie beginnt um 19 Uhr in der Stadiongaststätte Bongertwasen. Neben der Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag Neckar-Alb stehen Berichte der FDP-Kreistagsfraktion auf der Tagesordnung.

Rathaus-Telegramm

Herausgegeben von der FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Reutlingen

(Regine Vohrer, Sarah Zickler, Hagen Kluck)

Verantwortlich: Hagen Kluck, Mössingerstraße 9, 72770 Reutlingen

Tel: 0175 2426573 – Fax 577568 – Mail: hagen-kluck@gmx.de



MdL Stephen Brauer, Stadträtin Sarah Zickler und LIM-Landesvorsitzender Thilo Scholpp bei der Veranstaltung im Reutlinger Europa-Institut.

Die Grundstücksgröße zählt

Liberaler Initiative Mittelstand informierte über die Veränderungen bei der Grundsteuer

Bei der ab 2025 geltenden neuen Grundsteuer kommt es allein auf die Größe des Grundstücks an. Wie bei einer Veranstaltung des Liberalen Mittelstandes (LIM) im Reutlinger Europa-Institut erläutert wurde, spielt in Baden-Württemberg die Bebauung auf einem Grundstück künftig keine Rolle mehr. Klaus-Dieter Modrow vom Reutlinger Gutachterausschuss schätzt die Lage so ein, dass für größere Grundstücke künftig etwas mehr und für kleinere etwas weniger gezahlt werden muss. „Die Regierung hat uns Aufkommens-Neutralität versprochen“, erinnerte der Landtagsabgeordnete Stephen Brauer. Und FDP-Stadträtin Sarah Zickler sicherte zu, bei der Festlegung der künftigen Hebesätze darauf zu achten, dass es keine hohen Mehrbelastungen gibt. LIM-Landesvorsitzender Dr. Thilo Scholpp betonte die Wichtigkeit einer rechtzeitigen und umfassenden Information über die anstehenden Änderungen. Die Grundsteuer B ergibt sich künftig ausschließlich aus dem Bodenwert. Dafür werden im Wesentlichen zwei Faktoren herangezogen: Grundstücksfläche und Bodenrichtwert. Beide Werte werden miteinander multipliziert und ergeben den sogenannten Grundsteuerwert (bisher Einheitswert). Das Bewertungsergebnis wird mit der gesetzlich vorgegebenen Steuermesszahl multipliziert. Der daraus resultierende Wert ist der Grundsteuermessbetrag. In einem dritten und letzten Schritt wird dann der Hebesatz der Kommune auf den Grundsteuermessbetrag angewendet. Eine Senkung der Messzahl soll den größten Teil des im Vergleich zum bisherigen Einheitswert gestiegenen Wertes ausgleichen, um Mehrbelastungen zu vermeiden. Durch eine Anpassung der Steuermesszahl können zudem besonders förderwürdige und förderbedürftige Zwecke unterstützt werden: So wird die Steuermesszahl um 30 Prozent reduziert, wenn ein Grundstück überwiegend zu Wohnzwecken genutzt wird. Neu ist die zusätzliche Grundsteuer C. Mit ihr können die Kommunen einen höheren Hebesatz für baureife aber unbebaute Grundstücke beschließen, wenn es dafür städtebauliche Gründe gibt. MdL Stephen Brauer kritisierte diese Lösung, weil sie in die Altersvorsorge eingreifen und das Zurückhalten von Bauplätzen für Kinder und Enkel verteuern. Jetzt sind erstmal die Gutachterausschüsse dran, die bis Ende Juni die neuen Richtwerte veröffentlichen müssen.